

«Aktives Wahlalter 16» nun bei Regierung

Der Landtag behandelte die Petition «Aktives Wahlalter 16». Mit 16 Stimmen überwies die Abgeordneten die Petition der Regierung.

Damian Becker

Mit rund 1100 Stimmen übergab die Junge Liste (JL) im Mai die Petition «Aktives Wahlalter 16» Landtagspräsident Albert Frick. Und gestern wurden die Bemühungen der JL belohnt: Die Landtagsabgeordneten überwies die Petition der Regierung. Die Abgeordneten hatten in 14 Wortmeldungen über die Pros und Kontras diskutiert. Im Grossen und Ganzen wurden dieselben Argumente abgehandelt, welche die JL und ihre Kontrahenten, die Jugendunion und die Junge FBP, bereits im Vorfeld vorgebracht hatten. Diese beinhalteten die politische Reife von 16- und 17-Jährigen, die Trennung von aktivem und passivem Wahlrecht und den Nutzen, welche Oppositionsparteien aus der Herabsetzung des Wahlalters ziehen könnten.

«Wollen die Jugendlichen überhaupt wählen?»

Ein Unterschied zwischen den Landtagsabgeordneten und den Jungparteien war dennoch spürbar, die Jugendparteien – egal ob «schwarz», «weiss» oder «rot» – sind in ihrer Meinung festgefahrener. So haben sie sich während des Schlagabtauschs in den Leserbriefspalten und an der Podiumsdiskussion im vergangenen Dezember unversöhnlich gezeigt. Die Parlamentarier tendierten gestern eher auf eine Seite; zeigten sich aber flexibler. Die jüngste Landtagsabgeordnete Franziska Hoop (FBP) sagte: «Was haben



Peter Frick (VU) wünscht sich eine repräsentative Umfrage, ob das Wahlalter 16 bei den Jugendlichen ein echtes Bedürfnis ist. Bild: Tatjana Schnalzer

wir zu verlieren, wenn wir die Petition überweisen? Wir erhalten dann Zahlen und Fakten», und schien dabei im Sinne der meisten ihrer Parlamentarierkollegen zu sprechen. Auch Johannes

Kaiser (FBP) schlug in dieselbe Kerbe. Es ginge nicht darum, das Dafür und Dawider entscheidungsreif in den Raum zu stellen, sondern das Ganze auf eine Diskussionsebene zu he-

ben. Pascal Ospelt (DpL) sprach sich gestern mit einigen kritischen Punkten gegen das Wahlalter ab 16 aus, sagte jedoch am Ende seines Votums, dass er der Überweisung dennoch zustim-

me, «aus Respekt vor der Arbeit der Jungen Liste». Ebenso sprachen weitere Abgeordnete ihren Dank gegenüber der Jungpartei der Freien Liste aus.

Die grosse Unbekannte war die Antwort auf die Frage, ob sich junge Menschen überhaupt das Wahlrecht wünschen. Peter Frick (VU), der als Schulsozialarbeiter berufsbedingt mit jungen Menschen arbeitet, hätte sich bereits im Vorfeld eine repräsentative Umfrage unter 16-, 17- und 18-Jährigen gewünscht. «Einige sehen das Wahlrecht als Privileg, andere als Bürde», so Frick. Er fand auch Kritik an der eigentlichen Petition: «Darin steht: Der Staat müsse sich bemühen, die Jugendlichen für den demokratischen Staat zu gewinnen. Diese Aussage ist nicht passend. Der Staat unternimmt bereits viel.» Nadine Vogelsang (FBP) gab ihre Zustimmung zur Petition, mit der Hoffnung, dass eine solche Umfrage durchgeführt werde.

Einige Abgeordnete sprachen ihre Befürchtung aus, dass letzten Endes die politische Einstellung der Eltern auf den Jugendlichen abfärbt. Kaiser stellte für die Zweifler die Idee in den Raum, das Wahlrecht 16 zunächst auf Gemeindeebene einzuführen und quasi ein demokratisches Pilotprojekt zu starten.

«Jugendliche wollen ihre Zukunft mitbestimmen»

Welchen Effekt eine Herabsetzung hätte, wurde unterschiedlich beantwortet. So sagte Herbert Elkuch (DpL), dass die Ju-

gendlichen beispielsweise bei einer knappen Landtagswahl, wie sie dieses Jahr stattfand, das Zünglein an der Waage seien. Wie sein Parteikollege stimmte er für die Petitionsüberweisung.

Zum einen wurde gesagt, dass die Stimmen von Jugendlichen von Gewicht seien. Und auch lautete der Tenor von Befürwortern wie Manuela Haldner-Schierscher (FL), dass junge Menschen ihre Zukunft in einer überalternden Gesellschaft mitbestimmen sollen. Insbesondere würden sie sich für Themen wie der Klimawandel und die AHV interessieren. Auch sagten Unterstützer wie Georg Kaufmann (FL): «Was geschähe, wenn jungen Menschen das Wahlrecht zufiele? Gar nichts.» Der leise Widerspruch der Unterstützer zwischen gar keinem und einem positiven Effekt fiel nicht auf.

Günter Vogt (VU) entgegnete der Freien Liste: «Statistiken aus anderen Ländern zeigen vor allem, dass grüne und linke Parteien von einem Wahlalter 16 profitierten. Den Jugendlichen ist die politische Haltung der Partei egal. Die Hauptsache ist, sie sind in der Opposition.» Sebastian Schädler (FBP) unterstrich hingegen, dass er keine Partei unter Verdacht stellen möchte, von einer Heruntersetzung des Wahlalters profitieren zu wollen. Dennoch fürchtet er sich vor Extrempositionen, die Jugendliche einnehmen könnten. «Weil ich aber gegen Extrempositionen bin, stimme ich für die Petition.»

OKP-Staatsbeitrag bleibt bei 33 Mio.

Der Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) für das Jahr 2022 bleibt unverändert bei 33 Millionen Franken. Dies hat der Landtag gestern einstimmig beschlossen.

Eine Million Franken als Staatsbeitrag bedeutet für jeden Versicherten eine etwa um 2.50 Franken tiefere OKP-Prämie pro Monat. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Diskussionen, um den Staatsbeitrag zu erhöhen und damit die Versicherten zu entlasten. Doch mehrheitlich wurde dieser Schritt mit dem Verweis auf das Giesskannenprinzip abgelehnt.

Einzig die Freie Liste stellte gestern – fast schon traditionell – den Antrag, den OKP-Staatsbeitrag auf 57 Millionen Franken zu erhöhen. Auf diesem Wert war der Beitrag vor den Sparpaketen vor zehn Jahren. Eine wirkliche Diskussion über eine allfällige Erhöhung gab es gestern aber nicht. Einzig FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry stellte der Oppositionspartei die Frage: «Woher wollen Sie diese zusätzlichen 24 Millionen nehmen?» Eine wirkliche Antwort erhielt er nicht und der Antrag auch nur die drei Stimmen der Freien Liste selbst. (sap)

Hat Liechtenstein noch gutes und sauberes Trinkwasser?

Eine Frage, die nicht mehr bejaht werden kann. Die Freie Liste will Untersuchungen und allenfalls Massnahmen für eine Trendumkehr.

Pflanzenschutzmittel oder etwa Rückstände von Medikamenten und anderen Chemikalien gefährden die Qualität des liechtensteiner Trinkwassers, sind sich die Postulanten der Freien Liste einig. Der genaue Zustand der hiesigen Gewässer könne allerdings nicht beurteilt werden. Es gebe zu wenige verlässliche Daten und es würden nicht zuletzt auch zu wenige erhoben werden. «Wir untersuchen beispielsweise nicht systematisch, welche Pflanzenschutzmittel in unsere Gewässer gelangen, geschweige denn in welchem Ausmass», verdeutlichte die stellvertretende FL-Abgeordnete Sandra Fausch anlässlich der gestrigen Diskussion im Hohen Haus.

Ein Ziel des Postulats ist es, den heimischen Gewässerschutz zu verbessern. Die Fraktion der Freien Liste bezieht sich dafür auf die von der EU geschaffene Wasserrahmenrichtlinie und ihre Umweltziele, die Liechtenstein bis zum 1. Mai 2021 hätte erreichen sollen.

Doch diese Deadline konnte die Regierung nicht einhalten und sie muss eine Fristverlängerung von sechs Jahren beantragen. «Verantwortungsbewusstsein sieht aus meiner Sicht anders aus», sagte Fausch. Und mit dieser Meinung stand die stellvertretende FL-Abgeordnete nicht allein da.

Regierung argumentiert mit fehlenden Ressourcen

Die Votanten zeigten sich einig, dass gutes und sauberes Trinkwasser das höchste Gut und eine der wichtigsten Ressourcen Liechtensteins sei. Daher gilt es dieses – mit den Worten von Günter Vogt (VU) – «nachhaltig und ohne Kompromisse zu schützen». Als Land des sauberen Wassers dürfe sich Liechtenstein nicht mehr bezeichnen, sagte Vogt weiter und erklärte, dass bei ihm die Alarmglocken bereits schrillen würden. Georg Kaufmann von der Freien Liste pflichtete seinem Vorredner bei und äusserte ebenfalls Kritik an der Regierung. Man hätte das

Thema bislang zu wenig ernst genommen, dies würde nicht zuletzt die Fristverlängerung zeigen. «Die Regierung ist sich dem Handlungsbedarf und der gesetzlichen Verpflichtung aufgrund der EU-Wasserrahmenrichtlinie bewusst», entgegnete Umweltministerin Sabine Monauni. Der erste Zwischenbericht sei nächstes Jahr fällig und werde auch entsprechend erstellt. Bezüglich der systematischen Untersuchungen der Gewässer rechtfertigte Monauni, dass die Ressourcen nun einmal begrenzt seien.

Das Postulat wurde mit 24 Stimmen an die Regierung überwiesen. Einzig Herbert Elkuch von der DpL sprach sich dagegen aus. Er vermutete eine andere Absicht: «Mit Panikmache und über die Hintertür will die FL die Rheinaufweitung vorantreiben.» Eine Aussage, die von Manuela Haldner-Schierscher (FL) als «abenteuerliche These» verneint wurde.

Julia Kaufmann

Triesen behält eine «vollwertige» Poststelle

Nur soll diese trotzdem im neuen Einkaufszentrum Sonnenplatz untergebracht werden.

Morgen wird der Landtag über den Antrag auf Änderung der Beteiligungsstrategie an der liechtensteinischen Post AG beraten. Auslöser für diese Debatte war eine Petition, welche verlangte, dass die Post in der Gemeinde Triesen weiterhin eine «vollwertige» Poststelle am bestehenden Standort unterhält. Dieser Bitte war der Entscheid der Post vorausgegangen, die Dienstleistungen von der Migros als Postpartner im neuen Einkaufszentrum Sonnenplatz übernehmen zu lassen. In der Sonderlandtagsitzung Ende Januar 2021 wurde die Petition behandelt. Dabei stellte die VU-Fraktion den Antrag, dass die Regierung eine Änderung der Beteiligungsstrategie zu prüfen habe. Der Vorschlag: «Für Gemeinden mit über 4000 Einwohnern ist eine vollumfängliche Poststelle zu betreiben.»

In ihrem Bericht an den Landtag kam die Regierung zum Schluss, davon abzusehen, da eine solche Anpassung «ein unverhältnismässiger Eingriff in die operative Unabhängigkeit des Unternehmens» wäre.

Auch die Schweizerische Post, welcher die liechtensteinische Post zu einem Viertel gehört, äusserte sich ablehnend.

Seger: «Sonnenplatz ist der optimale Standort»

Gestern informierte nun der Geschäftsführer der liechtensteinischen Post AG, Roland Segger, die Landtagsabgeordneten per E-Mail, dass sie nun in Triesen doch auf eine «eigenbetriebene Postfiliale» setzen. Dies jedoch im neuen Einkaufszentrum Sonnenplatz. «Dieser Entscheid wurde getroffen, um den Wünschen der Triesener Bevölkerung entgegenzukommen sowie auch um Planungssicherheit für die Post im Rahmen des fortschreitenden Bauprojekts herzustellen», schreibt Segger. Der neue Standort sei für die Post optimal. «Unabhängig von diesem Entscheid begrüsst die Post die Empfehlung der Regierung, die Beteiligungsstrategie in Bezug auf die konkrete Ausgestaltung des Filialnetzes nicht abzuändern», so der Post-Geschäftsführer. Nur so könne der nötige Handlungsspielraum erhalten werden. (sap)